

II-64 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

Nr. 34 7J
1983 -06- 16

DRINGLICHE ANFRAGE

der Abgeordneten STEINBAUER, Dr. NEISSER, BERGMANN
und Genossen
an den Bundeskanzler
betreffend eine Lösung der Vernunft beim Konferenzpalast

1,36 Mio. Österreicherinnen und Österreicher haben sich im Rahmen des größten Volksbegehrens in der Geschichte Österreichs gegen den Bau eines zusätzlichen Konferenzpalastes bei der UNO-City ausgesprochen. Die Milliarden der Steuerzahler sollten für 12.000 neue Wohnungen eingesetzt und nicht für einen unnützen Konferenzpalast verschwendet werden.

Die sozialistische Alleinregierung unter Bundeskanzler Dr. Kreisky hat als Antwort auf dieses Volksbegehren mit dem Bau begonnen, noch ehe der Wille der Bürger im Parlament behandelt werden konnte.

Auf Anordnung des damaligen Bundeskanzlers Dr. Kreisky hat dann die sozialistische Fraktion des Nationalrates den Wunsch der Mehrheit der österreichischen Bevölkerung, auf den Bau des Konferenzmonsters zu verzichten, abgelehnt.

Alle Versuche der Volkspartei, dem Willen der 1,36 Mio. Unterzeichner des Volksbegehrens zum Durchbruch zu verhelfen, scheiterten am "Nein" der Regierung Kreisky.

Nach den Nationalratswahlen am 24. April 1983 hat sich gezeigt, daß in der sozialistischen Koalitionsregierung große Unsicherheit über die Zweckmäßigkeit und die Wirtschaftlichkeit des Konferenzpalastes entstanden ist.

Sogar in der Regierungserklärung rückt man indirekt von der Planung der Regierung Kreisky ab und spricht von einer Fertigstellung "in der kostengünstigsten Weise".

Folgende Fakten lassen hoffen, daß es vielleicht jetzt möglich ist, die Errichtung des Konferenzpalastes sozusagen in letzter Minute doch noch einer sachgerechten Überprüfung unterziehen zu können:

- o Bundeskanzler Dr. Kreisky hat die Volksabstimmung über die Politik der sozialistischen Alleinregierung verloren und ist nach seiner Wahlniederlage zurückgetreten.
- o Sein Nachfolger Dr. Sinowatz war nie ein glühender Befürworter des 10 Milliarden-Verschwendungsprojekts.
- o Ein Teil der sozialistischen Koalitionsregierung hat sich immer vehement gegen dieses Verschwendungsprojekt ausgesprochen.

Die Finanzierung des Konferenzpalastes aus geheimnisvollen arabischen Quellen ist offensichtlich bis jetzt nichts geworden. Auf der anderen Seite ist nicht zu übersehen, daß durch die undemokratische Vorgangsweise der früheren Regierung Teile des Projekts bereits in Bau sind.

Angesichts der Veränderungen in der Regierung und in der SPÖ sowie angesichts der Tatsache, daß erst ein kleiner Teil der 10 Mrd. Schilling Gesamtkosten aufgewendet wurde, fordert die Volkspartei eine umfassende Neuprüfung des Projektes Konferenzpalast.

- 3 -

Im Interesse der österreichischen Steuerzahler, auf die gerade eine riesige neue Belastungswelle zukommt, sollte eine Gruppe unabhängiger in- und ausländischer Experten eingesetzt werden.

Diese Gruppe soll an Hand einer Zustandserhebung prüfen,

- o was mit den bereits errichteten Bauteilen geschehen kann, wenn auf das Konferenzzentrum verzichtet wird, bzw.
- o wie der Bau umgewidmet werden kann, damit er sich unter kommerziellen Bedingungen aus privaten Geldern selbst finanziert.

Auf diese Weise könnte es möglich sein, einen neuen Anfang zu setzen und losgelöst von kleinlichem Prestigedenken, dieses von der österreichischen Bevölkerung abgelehnte Projekt endlich einer "Lösung der Vernunft" zuzuführen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher an den Bundeskanzler folgende

A n f r a g e :

- 1.) Ist die sozialistische Koalitionsregierung bereit, das umstrittene Projekt Konferenzpalast im Sinne der 1,36 Mio. Unterzeichner eines Volksbegehrens neu zu überdenken und einer Lösung der Vernunft zuzuführen ?
- 2.) Ist die sozialistische Koalitionsregierung bereit, durch eine Gruppe in- und ausländischer Experten prüfen zu lassen, was mit den bereits errichteten Bauteilen geschehen kann, wenn auf ein Konferenzzentrum verzichtet wird ?

- 3.) Ist die sozialistische Koalitionsregierung bereit, von derselben Expertengruppe prüfen zu lassen, wie der Bau umgewidmet werden kann, damit sich dieser unter kommerziellen Bedingungen aus privaten Geldern selbst finanziert ?

In formeller Hinsicht wird beantragt, diese Anfrage gemäß § 93 der Geschäftsordnung des Nationalrates als dringlich zu behandeln und dem Erstunterzeichner Gelegenheit zur Begründung zu geben.